



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/115 - 20.5.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Die Reformvorschläge der CDU/CSU-Fraktion	S. 1
SPD, Koalition und "neutraler Gürtel"	S. 2a
Großfeuer in Französisch-Nordafrika	S. 3
Schulgeldfrage in Nordrhein-Westfalen	S. 5

Parlamentsreform oder Maulkorb für die Öffentlichkeit

Von N.d.B. Dr. Walter Menzel

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in diesen Tagen Reformvorschläge veröffentlicht, die angeblich der Vereinfachung der Parlamentsarbeit dienen sollen. Vorweg ein Wort zur Methode:

Zunächst lässt man die Öffentlichkeit wissen, was man verhat, dann tritt man an die sozialdemokratische Opposition heran, um diesen Komplex "vertraulich zu beraten". So geht es nicht. Entweder man wünscht eine Aussprache in voller Öffentlichkeit, oder ein von allen Stimmungsfaktoren unbeeinflusstes vertrauliches Gespräch.

Zur Sache selbst: Es ist sicher eine reine Frage der Zweckmäßigkeit, ob man die jetzt bestehende Ausschusswoche auflöst und auch in dieser Woche Parlamentssitzungen abhält. Auch gegen eine vorbereitende Berichterstattung der Regierung in den Ausschüssen dürften sich kaum Bedenken erheben, denn heute ist es in Bonn doch so, dass die Interessenten-Organisationen immer eher als das Parlament unterrichtet werden.

Die Kernpunkte der CDU-Vorschläge aber sind:

1. Die Abschaffung der ersten Lesung von Gesetzen, und
2. eine Beschränkung der Redezeit.

Dabei ist es sehr interessant, den Grund festzustellen, der die CDU dazu geführt hat, derartige Vorschläge zu unterbreiten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die ersten Lesungen

der beiden letzten Sozialgesetze, nämlich des Änderungsgesetzes zur IVaVG und des Gesetzes zur Neuordnung der Krankenversicherung der Rentner eine gewichtige Rolle gespielt haben. Diese ersten Lesungen haben mit einer moralischen Niederlage der Bundesregierung geendet, denn beide Gesetzesvorlagen waren so wenig durchdacht, dass ihre Mängel - und sie bestehen fast nur aus Mängeln - schonungslos offengelegt worden sind. Durch diese ersten Lesungen ist aber auch die Öffentlichkeit alarmiert worden. Eine solche politische "Pleite" will man künftig nicht mehr riskieren.

Hier liegt der tiefere Grund für die plötzliche Initiative der CDU/CSU. Es geht gar nicht darum, die Parlamentsarbeit zu rationalisieren, sondern man will sich die öffentliche Kritik vom Hals halten, und man weiß genau, dass nach einer monatelangen Ausschusßeratung die Gesetzentwürfe für die zweite Lesung schon so fundiert sind, dass die breite Öffentlichkeit vielfach auch aus Zeitgründen nicht mehr die Möglichkeit hat, auf diese Gesetze entscheidenden Einfluß zu nehmen.

Zweifellos stehen die neuesten Vorschläge der CDU auch im Zusammenhang mit der Behandlung der Folgegesetze, die sich aus der Ratifizierung der Pariser Verträge ergeben. Man denke nur an das Kriegsdienstverweigerungs-Gesetz, das Freiwilligen-Gesetz oder das Besoldungsgesetz. Alle diese Gesetze werden vom Sicherheits-Ausschuss beraten werden, der bisher in vertraulichen Sitzungen getagt hat. In der ersten Lesung soll also die breite Öffentlichkeit nicht unterrichtet werden, die Ausschuss-Beratungen werden sich vielleicht im Geheimen abwickeln. So wird dann der Staatsbürger mit der zweiten und dritten Lesung überrumpelt. In diesem Lichte gesehen führt der Vorschlag der CDU/CSU praktisch dazu, alle politischen Kräfte von außen, selbst stimmungsgemäß, auszuschalten.

Aus allen diesen Gründen muß man den Vorschlägen der CDU/CSU energig widersprechen. Die Zeitersparnis ist nur ein Scheinargument. Die Situation ist doch schon heute so, dass in der ersten Lesung keine Debatte stattfindet, wenn alle Fraktionen damit einverstanden sind und auch die Bundesregierung keine mündliche Begründung wünscht. Diese Regelung des gesunden Menschenverstandes sollte beibehalten werden; sie hat sich bewährt. Eine obligatorische Abschaffung der ersten Lesung - und darauf laufen doch die Vorschläge der CDU hinaus - bedeutet eine Ausschaltung der Minderheit - und das ist die Absicht der CDU.

Auch dem Vorschlag der Begrenzung der Redezeit muß man skeptisch gegenüber stehen. Im ersten Bundestage war ein solches Verfahren zweckmäßig, weil bei der viel höheren Zahl der Parteien die Reden sonst ins Uferlose gegangen wären. Heute aber zählt der Bundestag nur fünf Fraktionen, so dass eine Begrenzung der Redezeit in der ersten Lesung unnötig ist. Gewiß wird manchmal zu einer Sache zu viel geredet und es kommt oft vor, dass sich nur die Spezialisten miteinander unterhalten. Hier aber sollte die Erziehungsarbeit innerhalb der Fraktionen einsetzen. Die Kontingentierung der Redezeit hingegen bringt mehr Nachteils Vorteile, vor allem für die kleinen Fraktionen. Es ist nun einmal nicht möglich, zu einem Gesetz sachlich Stellung zu nehmen, wenn man vielleicht wie der BHE, die DP oder die FDP nur zehn oder fünfzehn Minuten zur Verfügung hat.

Man muß also aus sachlichen Gründen beide Vorschläge der CDU/CSU ablehnen, da sie die Rationalisierung der Parlamentsarbeit nur als Vorwand nehmen, in Wirklichkeit aber die Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit in dem Stadium, in dem noch alles offen ist, verhindern wollen.

Kein geeigneter Weg

sp - Die aufmerksamen Bonner Beobachter der Beziehungen zwischen Koalition und Opposition glauben feststellen zu können, dass zwischen beiden Kräften sich eine Annäherung anbahnt. Solche Behauptungen sind in letzter Zeit mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederholt worden, vor allem auch im Zusammenhang mit der künftigen Behandlung der Wehr-gesetzgebung im Bundestag. Die damit verbundene politische Absicht einer Bindung auch der SPD an eine von ihr bekämpfte Politik war dabei offenkundig.

Jetzt haben Erklärungen des Vorsitzenden der SPD im Hessischen Rundfunk, die sich gegen die Schaffung eines Gürtels von neutralen Staaten in der Mitte Europas wandten, dieser durchsichtigen Tendenz neuen Auftrieb gegeben. In der gemeinsamen Ablehnung des Neutralitätsgedankens bei Koalition und Opposition, die ja nun wirklich alles andere als neu ist, hat man eine Bestätigung dieser Annäherungstheorie gesehen. Das ist abwegig, denn es besteht nach wie vor der entscheidende Unterschied, dass die Bundesregierung die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem, insbesondere die NATO, begrüßt, während die SPD die Blockbildungen im Westen wie im Osten ablehnt. Gerade aus der Ablehnung dieses Prinzips ergibt sich auch ihre Stellungnahme gegen eine "neutrale Zone", wie sie jetzt so oft erwähnt wird, weil eine solche Konstruktion der Blockbildung entgegenkommt und sie fördert, anstatt sie überflüssig zu machen.

Bezeichnend ist, dass dort, wo im Westen ein gewisses Verständnis für diesen "cordon sanitaire" festzustellen ist, die Forderung erhoben wird, natürlich müsse man dann auch den einen oder anderen Ostblockstaat, oder mehrere "ausklammern" und als Glieder diesem Gürtel einfügen. Damit aber wird angesichts der sowjetischen Haltung zu einem solchen Plan, die kaum fraglich ist, das ganze Vorhaben von vornherein unmöglich gemacht.

Alle sozialdemokratischen Überlegungen gehen nach wie vor davon aus, dass nur regionale Sicherheitspakte im Rahmen der UNO, also ein kollektives Sicherheitssystem, den erhofften und notwendigen doppelten Erfolg einer allgemeinen internationalen Entspannung und der deutschen Wiedervereinigung bringen könnten. Nur auf diesem Wege wird es nach sozialdemokratischer Auffassung möglich sein, Mißtrauen und Furcht und alle die Gefahren, die daraus entstehen, abzubauen. Das aber kann weder durch die immer weiter vorwärtsgetriebene Erstarkung der beiden gegeneinander gerichteten großen militärischen Organisationen, noch auch dadurch geschehen, dass man zwischen sie ein Mittelstück einschiebt, an dessen westlichen bzw. östlicher Grenze sich die beiden Machtgruppen umso kräftiger entfalten könnten. - Es ist übrigens interessant, dass die eindeutigste Ablehnung solcher Pläne, international gesehen, aus Jugoslawien kommt, wo in Kürze die führenden Männer des Kreml erwartet werden.

Bereitet sich ein zweites Indochina vor?

B.V., Paris

Die französische Regierung steht vor schwerer Entscheidung. Alle in den letzten Wochen aus Nordafrika eingetroffenen Nachrichten beweisen, dass es in Marokko, in Algerien, in Tunesien brennt. Dabei zeigt sich, dass das Feuer von einer zentralen Stelle aus unterhalten wird, aber es zeigt sich auch, dass es aus zwei Quellen gespeist wird: Aus dem Elend der Massen und aus nationalistischen Zielsetzungen, die in diesem Falle mit muslimanischen identisch sind. Die Flammen greifen um sich, und sie tun es in solchem Maße, dass die Erregung voll begreiflich ist, die sich der französischen Öffentlichkeit bemächtigt hat. "Bereitet sich in Nordafrika ein neues Indochina vor?", fragen die Menschen, und der linksbürgerliche Pariser Le Combat setzt hinzu, der Unterschied sei beträchtlich: "Ohne Nordafrika ist Frankreich eine drittrangige Macht."

Um den wirtschaftlichen Elend der Massen zu steuern, würde es enormer Investitionen bedürfen, über die Frankreich allein heute kaum verfügt. Selbst aber wenn diese Kapitalien aufgebracht und in unerwartet kurzer Zeit Früchte tragen würden, wären damit noch nicht die politischen Ambitionen aller Beteiligten erfüllt. Denn wenn es um Reformen geht, hat die Pariser Regierung einen Zweifronten-Krieg zu bestehen.

Mit aller Deutlichkeit zeigt sich dies jetzt in Verbindung mit einem Vertrag, über dessen letzte Formulierungen die Regierung mit tunesischen Ministern verhandelt: Dieser Staatsvertrag, der Tunesien die innere Autonomie geben soll, stößt auf den heftigsten Widerstand französischer Gruppen in Afrika, und soweit geht der Groll dieser einflussreichen, über bedeutende Mittel verfügenden Kreise, dass sie offen damit drohen, ihren Abwehrkampf auf die Straße zu verpflanzen. Gleichzeitig jedoch protestieren tunesische Super-Nationalisten gegen eben diesen Vertrag, der ihrem Lande zwar Autonomie, nicht aber Souveränität gäbe.

Trotz dieser heftigen Auseinandersetzungen ist Tunesien im Augenblick noch das ruhigste der drei nordafrikanischen, zu Frankreich gehörenden Länder. In Marokko, wo seit Jahren ein lauter Bürgerkrieg herrscht,

20.5.1955

hat sich die Lage erschreckend rasch zugespitzt. Zu dringenden Beratungen reiste der französische Generalresident in aller Eile nach Paris. Genau wie in Algerien kommt es in dem weiten, unübersichtlicher, nie voll befriedet gewesenen Gebiet zu Morden und Überfällen "am laufenden Band", die französischen Kolonisten sind untereinander nicht einig, die arabischen Anhänger des jetzigen Sultans bekämpfen die Getreuen des von den Franzosen abgesetzten Vorgängers, und zwischen Berbern und Arabern wächst sich die Zwietracht zum politischen, blutigen Kriege aus.

Zwar gilt es als feststehend, dass die Rebellion geistig und materiell aus Gebieten genährt wird, die keiner französischen Kontrolle unterliegen, aus Lybien, aus Ägypten, aus Syrien. Dennoch sind gerade in Algerien auch starke heimische Kräfte am Werk, um nicht nur die darbenenden Massen in Bewegung zu setzen, sondern auch gegen die "verlogene Politik" Frankreichs zu Felde zu ziehen. Nun gibt es kaum einen einsichtigen französischen Beamten oder Politiker, der bestreiten würde, dass die überwiegende Zahl der Algerier "Franzosen zweiter Klasse", und ihre Bürgerrechte stärkstens beschnitten sind. Dennoch steht die Regierung - gleichviel, welche Parteien sie gerade bilden - vor einem unlöslichen Doppelproblem. Es besteht darin, dass die Masse der muslimischen Algerier keinesfalls gewillt ist, sich den Gesetzen Frankreichs zu beugen, wo immer diese Gesetze den Vorschriften oder Möglichkeiten des Korans widersprechen, gleichviel, ob es sich um Ehen, die Innehaltung von Feiertagen, die Erlernung der Sprache oder um noch erheblich tiefer greifende Probleme handelt. Es besteht ferner darin, dass diese muslimische Bevölkerung sich derart rapide vermehrt, dass nicht nur das wirtschaftliche Produktionstempo des Landes nicht entfernt ausreicht, sondern auch die Gewissheit besteht, dass bei Erteilung der vollen Bürgerrechte an alle Algerier, es bald mehr afrikanische als europäische Deputierte im französischen Parlament gäbe.

So schwere Probleme können nicht in aller Eile gelöst werden - wenn es überhaupt möglich ist, sie zur Zufriedenheit aller zu lösen. Der Regierung wird Unentschlossenheit und Unbeweglichkeit vorgeworfen; aber so entgegengesetzte Interessengruppen versuchen ihren Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung geltend zu machen, dass der Wille zur Entscheidung unendlich gehemmt ist. So ähnlich war es einst in Indochina. Kein Wunder, dass diese vergleichende Erinnerung ganz Frankreich erschreckt.

* * *

Reichtum von NRW ist nicht für arme Leute da

Der Kampf um die Schulgeldfreiheit geht weiter

G.H., Düsseldorf

Auch in diesem Etatjahr 1955/56 wird es im reichsten Land der Bundesrepublik, nämlich in Nordrhein-Westfalen, noch keine Schulgeldfreiheit geben, obwohl die 1950 in Kraft getretene Verfassung grundsätzlich die Schulgeldfreiheit vorsieht. Die Modalitäten sind freilich einem Ausführungsgesetz überlassen, das noch immer nicht eingebracht worden ist. Seitdem hat in jedem Jahr die SPD-Fraktion von den Koalitionsparteien, jetzt der CDU, der FDP und dem Zentrum die Aufnahme eines Posten von rund 35 Mio DM in den Etat verlangt, damit mindestens ab 1.10. des Jahres die Zahlung von Schulgeld entfallen kann. Als die Regierungsparteien die Bewilligung dieser Summe in einem Gesamtetat von rund 4,5 Mia DM wegen angeblicher Deckungsschwierigkeiten abgelehnt hatten, schlug die SPD nach dem niedersächsischen Muster eine stufenweise Einführung der Schulgeldfreiheit vor, für die im laufenden Rechnungsjahr lediglich 7 Mio DM, also etwas über 1 % des kulturministeriellen Etats, notwendig gewesen wären. Auch das stieß auf Ablehnung der Regierungsparteien. Dabei dürfte dem Sprecher des Zentrum am wenigsten wohl bei seiner Haltung gewesen sein. Brockmann kündigte an, seine Fraktion trete dafür ein, dass noch im laufenden Haushaltsjahr ein Gesetz über die Schulgeldfreiheit eingebracht werde, welches im kommenden Jahr Gältigkeit erlangen soll. Diese Verzögerung wurde mit dem Bestreben nach einer "Gesamtlösung" des Problems erklärt, mit der man sich aber immerhin jetzt 5 Jahre Zeit gelassen hat.

Auch der Abg. Kohlbase von der FDP forderte ein Gesetz über Schulgeldbefreiung, das zusammen mit dem Schulfinanzierungsgesetz im nächsten Haushaltsjahr in Kraft treten sollte. Der FDP-Sprecher vermied es dabei, an Erklärungen seines früheren Fraktionsvorsitzenden und jetzigen stellvertretenden NRW-Ministerpräsidenten Middelhaufe zu erinnern, der im Juni 1951 zu dieser Frage ablehnend erklärt hatte: "Dieses Gefühl des Kindes, dass die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder Opfer bringen müssen, halte ich für eine ganz wesentliche

sittliche Erziehungsgrundlage". Der FDP-Sprecher streifte in diesem Zusammenhang auch die Werbemethoden für katholische Bekenntnisschulen. Auf Grund einer Zusage, dass einer katholischen Bekenntnisschule in Quelle bei Bielefeld vier Schulräume und vier Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden würden, falls die Eltern die Einrichtung einer solchen Schule verlangen würden, gingen genügend Anträge aus Elternkreisen ein, um die Einrichtung der Schule zu erlauben. In diese Schule gehen jetzt aber nicht 42 Kinder, wie vorausgesehen war, sondern nur 3, weil es nur ein Klassenzimmer und eine Lehrkraft gibt. Hier, und man darf voraussetzen in einer Reihe ähnlich gearteter Fälle, sind Landesmittel vertan worden, die für Schulgeldfreiheit besser eingesetzt worden wären.

Der Hauptwiderstand gegen die Schulgeldfreiheit kommt von der CDU, obwohl der Ministerpräsident Arnold in seiner Estatrede noch mit bewährtem Pathos der Geist der Schulgeldfreiheit beschworen hatte. Entgegen seinen Koalitionskollegen konnte sich der CDU-Sprecher Hofmann auch nicht zu einer Zusage für das nächste Rechnungsjahr bestimmen lassen. Er bezeichnete das Jahr 1957 als besonders kritisch für die Landeskassen. Da das im Zusammenhang mit den Forderungen der SPD auf Schulgeldfreiheit geschah, denkt die CDU offensichtlich vorläufig nicht daran, die Verfassung zu honorieren. Der SPD-Sprecher Holthoff wies entgegen den Behauptungen der CDU, ohne Ausführungsgesetz könne die Schulgeldfreiheit nicht verwirklicht werden, daraufhin, dass z.B. in der Frage der Bewährungshelfer Mittel bereits bewilligt wurden, als das fragliche Gesetz noch nicht verabschiedet war. Die Ablehnung der CDU habe, sagte Holthoff, grundsätzlichen Charakter. Man wolle nicht die Gleichheit von arm und reich vor dem Gesetz, man wolle vielmehr, dass die Armen um die Schulgeldfreiheit betteln sollen, um sich der Gnade bewusst zu werden, die ihnen bei Bewilligung des Antrags zuteil wird.

Auf diese Weise würde die Spaltung zwischen sozialen Klassen auch in der Schule unterstrichen und beibehalten werden. Dabei ist sich die CDU der Tatsache durchaus bewusst, dass zahlreiche Kinder aus sozial schlechter gestellten Kreisen die Anforderungen für die höheren Schulen erfüllen würden. Im Ausschussbericht motiviert nämlich die CDU ihre Ablehnung u.a. mit der Erklärung, dass bei Einführung der Schulgeldfreiheit ein großer Andrang in die höheren Schulen einsetzen würde, (d.h. das Bildungsmonopol wäre getrocken). Und das darf nach dem Willen der CDU nicht sein, rügen dadurch auch den geistigen Potential des Volkes sehr wertvolle Kräfte verlorengehen. Wie groß dieser Verlust ist, geht aus einer Zahl hervor, die Holthoff nannte: 1953/54 kamen von 25.000 Studenten in NRW nur 1522 aus Kreisen der Arbeiter und unselbständigen Handwerker. * * *